

PROTESTE gegen die Militärtagung

11. Febr. '05
12. Febr. '05
in München



Nächstes Kriegsziel: Iran?

US-Spähtrupps lokalisieren bereits Ziele

US-Präsident Bush hat unverhohlen dem Iran mit Krieg gedroht. Er könne einen Militäreinsatz „nicht ausschließen“, wenn sich Teheran nicht den Forderungen der USA füge. Zur zweiten Amtseinführung verkündete er die weltweite „Expansion der Freiheit“. Die neue US-Außenministerin Condoleezza Rice brandmarkte den Iran und fünf weitere Staaten als „Außenposten der Tyrannei“.

Es ist das gleiche Szenario wie in den Monaten vor dem Angriff auf den Irak: Ein von den USA konstruierter Konflikt – Sanktionen – Ultimatum – Drohungen – Krieg.

Auf Anweisung des Pentagon-Chefs Donald Rumsfeld werden bereits seit Monaten mögliche Angriffsziele im Iran von amerikanischen Geheimkommandos ausspioniert und markiert.

Rumsfeld nimmt in diesem Jahr nicht an der „Sicherheitskonferenz“ in München teil. Offensichtlich ist er zu sehr mit den Kriegsplanungen beschäftigt. Möglicherweise kommt er auch deswegen nicht, weil gegen ihn die Anzeige einer New Yorker Menschenrechtsorganisation bei der hiesigen Bundesanwaltschaft immer noch anhängig ist – auf Grundlage des Völkerstraf-Gesetzbuches. Immerhin hat Douglas Feith, in der Rangfolge dritter Mann des Pentagon, verlangt, die Bundesregierung müsse dieses Verfahren beenden, sonst könne Rumsfeld nicht nach Deutschland kommen.

Anstelle des Beschuldigten erscheint nun also sein Unterstaatssekretär Feith. Der gehört mit zu den schärfsten Kriegsfalken der US-Administration. Im Sommer 2002 lieferte er dem US-Präsidenten jene „getürkten“ Geheimdienstinformationen, die angebliche Verbindungen zwischen Saddam Hussein und Al Kaida belegen sollten. Rumsfeld, sein Stellvertreter Wolfowitz und Feith waren es u.a. auch, die schon Mitte der 90er Jahre den Angriff auf den Irak forderten, um dort ein US-höriges Regime zu installieren.

Bundeskanzler Schröder, Kriegsminister Struck und Außenminister Fischer, die zur NATO-Tagung in München erwartet werden, dürfen zwar Bedenken anmelden, aber ebenso wenig wie beim Angriff auf den Irak ernsthaft etwas dagegen tun. Wirkliche Kriegsgegnerschaft der

Bundesregierung hieße nämlich: Überflugrechte sowie die Erlaubnis für Truppen- und Waffentransporte über Deutschland zu verweigern. Dr. Jens Peter Steffen, Sprecher der IPPNW (Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges) warnte davor, die Kriegsabsichten der USA nicht ernst zu nehmen. „Wir befinden uns bereits im Vorfeld eines neuen heißen Krieges.“ Ein Angriff würde „garantiert zu einer nuklearen Verseuchung führen.“

Lasst uns nicht abwarten, bis die Bomben fallen. Fallen wir den Kriegsstrategen in den Arm!

MIT MILITÄRS IN FRIEDLICHEM DIALOG: Rüstungskonzerne auf der Sicherheitskonferenz

Bei der Sicherheitskonferenz 2004 waren siebzehn Top-Manager und Vorstände der weltweit größten Rüstungskonzerne vertreten. Horst Teltschik selbst ist Deutschlandpräsident von Boeing, dem größten Luft- und Raumfahrtkonzern der Welt und Rüstungsschmiede Nr. 1 in den USA. Die anderen vertretenen Rüstungskonzerne waren: EADS, Krauss-Maffei-Wegmann (D, Panzer), Tales International (F, Rüstungselektronik), The Cohen Group (USA), EADS North America, Diehl (D, Kleinwaffen), Northrop Grumman (USA, Flugzeuge), Rheinmetall Detec AG (D, Panzer, Geschütze), DRS Electro-Optical Systems Group (USA, Rüstungselektronik), Lockheed Martin (USA, Flugz.), The Mercury Group (USA), General Dynamics (USA, Panzer), The Scowcroft Group (USA).

Welch absurde Vorstellung: Diese Kriegswaffenhersteller würden an einer Tagung teilnehmen, auf der – wie Teltschik sagt – „ausschließlich“ über „friedliche Konfliktlösungen“ geredet wird! In solch einem Fall würden die Konzernmanager von ihren Aktionären wegen massiver Geschäftsschädigung sofort entlassen werden.

Dialog unter NATO-Kriegsstrategen

In diesem Jahr hat Horst Teltschik, der Veranstalter der Münchner Militärtagungen das Logo der Konferenz um den Untertitel „Frieden durch Dialog“ ergänzt. Eine scheinheilige PR-Aktion. Verzweifelt versucht er – seit es im Jahr 2002 zu Massenprotesten in München kam – die Vorwürfe zurück zu weisen, seine Konferenz diene der Vorbereitung und Propagierung von weltweiten Kriegseinsätzen der NATO-Staaten.

Auf der offiziellen Homepage der „Sicherheitskonferenz“ behauptet Teltschik, die Konferenz befasse sich „ausschließlich mit der Frage, wie Konflikte friedlich gelöst werden können“. Die Tagung sei eine „internationale Friedenskonferenz“. Den Charakter der Konferenz beschreibt er so: „Was das Weltwirtschaftsforum in Davos für die Spitzenvertreter der internationalen Wirtschaft ist, ist die Sicherheitskonferenz in München für die Repräsentanten der strategischen Gemeinschaft“. Im Gegensatz zu Davos, so sagt er, seien in München

jedoch „die politischen Akteure und Entscheider anwesend.“ Was er nicht sagt, ist: Weder beim „World Economic Forum“ im Schweizer Winterkurort Davos noch in München geht es um die Bekämpfung des Hungers und der Armut auf der Welt, es geht weder um eine gerechte Weltwirtschaftsordnung noch um Frieden und Sicherheit auf dem Globus.

In Davos treffen sich die „Opinion Leaders“ aus Wirtschaft und Politik, Vertreter von Industrie und Bankkonzernen und der Medien. Sie debattieren über Strategien der globalen Durchsetzung des freien Marktes und der Ausplünderung des Planeten durch die Multis. Die Münchner Sicherheitskonferenz ist das militärisch-strategische Äquivalent zum Weltwirtschaftsforum: Ein „Dialog“ unter Kriegsstrategen. Im Nobel-Hotel „Bayerischer Hof“ versammelt sich die militärpolitische Elite der NATO-Staaten, Außen- und Kriegsminister oder ihre Staatssekretäre, so genannte Sicherheitsexperten, führende NATO-Generäle sowie Ver-

treter der größten Rüstungskonzerne der Welt (siehe die Aufzählung auf dieser Seite oben).

Ganz ohne Protokoll und Beschlussfassungszwang werden Militärstrategien koordiniert, Pläne für gemeinsame Truppeneinsätze abgesprochen und Kriegscoalitionen geschmiedet. 1999 war es der NATO-Angriff auf Jugoslawien, 2002 der so genannte „Anti-Terror-Krieg“ und 2003 der Krieg gegen den Irak.

Ginge es nach dem Grundgesetz, dürften derartige Tagungen, auf denen völkerrechtswidrige Angriffskriege besprochen und propagiert werden, gar nicht stattfinden.

Zur Imageaufbesserung hat Teltschik dieses Jahr den Generalsekretär der Vereinten Nationen eingeladen. Ihm soll vom bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber die neu geschaffene „Friedensplakette“ verliehen werden. Die mögliche Teilnahme Kofi Annans macht jedoch aus der NATO-Militärtagung noch lange keine Friedenskonferenz.